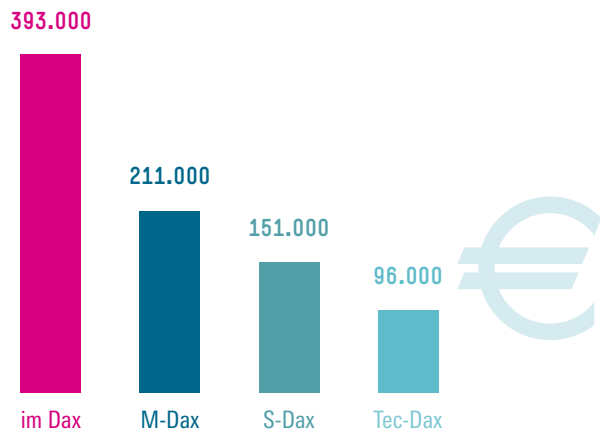


Vorstände im Alter gut versorgt

Je Person betrug der Pensionsaufwand 2014 im Mittel ...



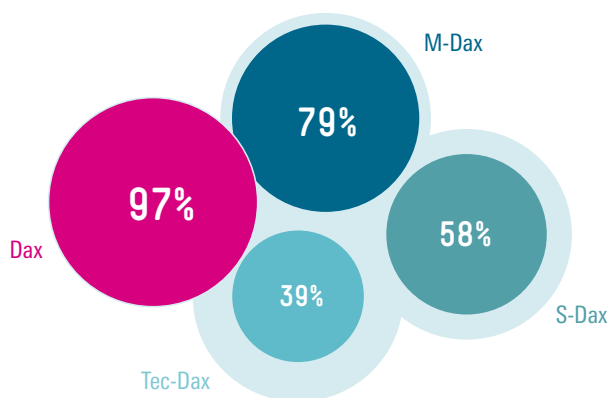
Quelle: Evers 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0148

tion ist allerdings auch keine Lösung. Sie beeinträchtigt im Gegenteil die Übersichtlichkeit zusätzlich, sind sich die Experten einig.

Einige Unternehmen, etwa Beiersdorf, haben die Vorstandsrenten bereits ganz abgeschafft. Evers zufolge ist durchaus fraglich, ob eine besondere Altersversorgung für hoch bezahlte Vorstände überhaupt nötig ist. Sollen die Spitzenmanager aber weiterhin eine besondere Form von Betriebsrente erhalten, so zeigt Doetsch auf, welche Korrekturen angebracht sind: Analog zur vielerorts vorgenommenen Umstellung der normalen Betriebsrenten empfiehlt er, von leistungsbezogenen zu beitragsbezogenen Systemen überzugehen. Das heißt: Garantiert wird nicht mehr die Höhe der ausbezahlten Rente, sondern nur noch die regelmäßige Einzahlung – was am Ende herauskommt, hängt von Anlagestrategie und Marktentwicklung ab.

Vorstandsrenten sind nicht überall üblich

Einen Anspruch auf Altersversorgung haben von den Vorständen im ...



Quelle: Evers 2015 Grafik zum Download: bit.do/impuls0149

Nach Analyse der Experten bietet sich darüber hinaus noch ein weiterer Schritt an. Er bestünde darin, den Vorstandsmitgliedern nur einen Teilbetrag der beitragsorientierten Altersversorgung zu garantieren, beispielsweise in einer Höhe, die sich an den Obergrenzen des Pensions-Sicherungs-Vereins orientiert. Dieser sichert derzeit Rentenzahlungen von maximal jährlich 102.060 Euro ab. Wenn die Auszahlung der sich darüber hinaus ergebenden Versorgungsansprüche zeitlich gestreckt und zugleich an die langfristige Entwicklung des Unternehmens gekoppelt wäre, würde der Forderung nach mehr Nachhaltigkeit Rechnung getragen. <

Quelle: Peter Doetsch, Heinz Evers u.a.: Altersversorgung für Vorstände – Anreize für nachhaltige Unternehmensführung?, Mitbestimmungspraxis Nr. 1, November 2015
Download: bit.do/impuls0150

GESUNDHEIT

Angst vor Jobverlust fördert Depressionen

Wer um seinen Arbeitsplatz fürchten muss, leidet eher an psychischen Erkrankungen. Das weist eine schwedische Studie nach.

Die moderne Arbeitswelt schlägt aufs Gemüt: Die Fehltagewegen seelischer Erkrankungen nehmen zu. Depressionen seien mittlerweile einer der Hauptgründe für Arbeitsausfälle und Frühverrentungen, so Victoria Blom, Anne Richter, Lennart Hallsten und Pia Svedberg. Die Forscher vom schwedischen Karolinska-Institut haben untersucht, inwieweit Arbeitsplatzunsicherheit dazu beiträgt. Ihre These: Da Erwerbstätigkeit nicht nur für das wirtschaftliche Wohlergehen, sondern auch für die persönliche Identität von elementarer Bedeutung ist, dürfte ein drohender Jobverlust erheblichen Stress verursachen und so das Risiko psychischer Störungen erhöhen – insbesondere bei Menschen, die sich in erster Linie über ihre Leistungsfähigkeit definieren.

Für ihre Untersuchung haben die Psychologen Angaben von 4145 Schweden der Jahrgänge 1959 bis 1985 ausgewertet, die 2005 an einer Studie des Karolinska-Instituts teilgenommen haben. Antworten auf die Frage, wie oft die Teilnehmer sich

in den vergangenen zwölf Monaten aufgrund von Restrukturierungen oder Personalabbau in ihrem Betrieb um ihren Arbeitsplatz gesorgt haben, wurden zu Burnout- und depressiven Symptomen in Beziehung gesetzt. Dabei ergibt sich ein signifikanter Zusammenhang, der auch dann robust bleibt, wenn Alter, Geschlecht und Bildung statistisch berücksichtigt werden. Der Effekt ist umso größer, je stärker das Selbstwertgefühl der Befragten von den erbrachten Leistungen abhängt. Den Wissenschaftlern zufolge zeigt dieser Befund, wie wichtig es für die seelische Gesundheit von Beschäftigten ist, Jobunsicherheit zu reduzieren. Sie empfehlen, betriebliche Umstrukturierungen durch klare und transparente Kommunikation zu begleiten und Arbeitnehmer in Entscheidungen einzubinden. <

Quelle: Victoria Blom u.a.: The associations between job insecurity, depressive symptoms and burnout: The role of performance-based self-esteem, in: Economic and Industrial Democracy, Oktober 2015